

## Senatsbeschlüsse

über die 147. Sitzung des Senats

am 13.03.2018, 11:15 Uhr

- 3629.) "Elektromobilität in Bremen"  
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 01)  
(Vorlage 1951/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1951/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der zweite und dritte Satz der Antwort auf Frage 1 erhalten die folgende Fassung:

„Die verfügbare Jahresstatistik Stand 01.01.2017 weist für das Land Bremen 349 Elektro-Fahrzeuge auf, davon 263 Personenkraftwagen. Stand 01.01.2016 waren es 355 Elektro-Fahrzeuge, davon 264 Personenkraftwagen. Darüber hinaus waren 1.285 Fahrzeuge mit Hybridantrieb zugelassen, davon 1.283 Personenkraftwagen. Stand 01.01.2016 waren es 1.134 Fahrzeuge mit Hybridantrieb, davon 1.133 Personenkraftwagen.“

- 3630.) "Bombenentschärfung Baustelle Löwenhof"  
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 02)  
(Vorlage 1953/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1953/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3631.) "Chancen für die Schaffung von studentischem Wohnraum durch die Kannenberg-Insolvenz"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 03)  
(Vorlage 1950/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 13.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 13. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3632.) "Videovernehmungen beim Amtsgericht"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 04)  
(Vorlage 1941/19)
- 

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis, dass die Anfrage vom Fragesteller zurückgezogen wurde.

- 3633.) "Keine weitere Verzögerung des Umbaus der Schule Alt-Aumund zur gebundenen Ganztagschule"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 05)  
(Vorlage 1962/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 09.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 9. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3634.) "Wetterbedingte Unterbrechung des Flugbetriebs am Flughafen Bremen"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 06)  
(Vorlage 1955/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1955/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3635.) "Tarifliche Eingruppierungen bei der Stadtteil-Schule e. V."  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 07)  
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 08.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 8. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der erste Satz der Antwort auf Frage 1 wird ersatzlos gestrichen und an das Ende der Antwort wird der folgende Satz eingefügt:

„Im Rahmen der Einführung des TV L-EGO kann es zu übertariflichen Eingruppierungen gekommen sein, die allerdings im Weiteren korrigiert wurden.“

- 3636.) "Bremer Marke Hachez in Bremen halten"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 08)  
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stellt fest, dass die Anfrage vom Fragesteller zurückgezogen wurde.

- 3637.) "Krätze- Fälle im Land Bremen"  
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 01)  
(Vorlage 1959/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1959/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3638.) "Asylklagen vor dem Bremer Verwaltungsgericht"  
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - L 02)  
(Vorlage 1946/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 05.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 5. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3639.) "Lehrer-Wohnort Bremen"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 03)  
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 09.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 9. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3640.) "Verkaufen statt verpachten im Sondervermögen Fischereihafen"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 04)  
(Vorlage 1957/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1957/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3641.) "Sinkende Fischimporte in Bremerhaven - Bleibt Bremerhaven Fischtown?"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 05)  
(Vorlage 1958/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 12.03.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 12. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3642.) "Stillförderung durch Zertifizierung in Bremer Geburtskliniken"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 06)  
(Vorlage 1943/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1943/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Gender-Prüfung erhält die folgende Fassung:

„Maßnahmen zur Stillförderung betreffen ausschließlich Frauen.“

3643.) "Bücher im Bus"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 07)  
(Vorlage 1952/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1952/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Im dritten Absatz der Antwort auf Frage 2 wird das Wort „in“ durch die Wörter „im Land“ ersetzt.

3644.) "S-Haltepunkt Technologiepark der Universität Bremen"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 08)  
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 09.03.2018)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 9. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der erste Satz der Antwort auf Frage 2 wird ersatzlos gestrichen und am Ende der Antwort auf Frage 2 der folgende Satz ergänzt:

„Daran wird in Abstimmung mit allen Beteiligten derzeit gearbeitet.“

- 3645.) "Bedeutung der sozialen und solidarischen Ökonomie für das Land Bremen"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 09)  
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 28.02.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 28. Februar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3646.) "Wann kommt der neue Kommunale Finanzausgleich?"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 10)  
(Vorlage 1956/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1956/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3647.) "OWi21 – Effizient vom Verstoß zur Abwicklung"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 11)  
(Vorlage 1937/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1937/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage1 wird nach dem ersten Satz wie folgt ergänzt:

„Das Bußgeldsystem OWi21 wird in Bremen und Bremerhaven nicht eingesetzt und ist dem Senat nicht näher bekannt. Vor diesem Hintergrund

kann keine Aussage bezüglich der verwaltungsinternen Effizienz und finanzieller Einsparmöglichkeiten zu OWi21 gemacht werden.“

3648.) "Impfungen im Land Bremen"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 12)  
(Vorlage 1960/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1960/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3649.) "Entwicklung der Essensausgabe "Tafel" in den Städten Bremen und Bremerhaven"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 13)  
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 09.03.2018)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 9. März 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3652.) "Sonderparkgenehmigungen (Behindertenparkplätze) – Bestand, Regeln, Möglichkeiten und Verstöße"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 1936/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1936/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:



- Der letzte Satz des ersten Absatzes wird ersatzlos gestrichen.
- Der zweite Absatz wird um den folgenden Satz ergänzt:

„Weitere 17 Behindertenparkplätze befinden sich in allgemein zugänglichen Parkhäusern anderer Eigentümer.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3653.) Änderung der Geschäftsverteilung im Senat  
(Vorlage 1938/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1938/19 die Änderung seiner Geschäftsverteilung und deren Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3654.) "Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und Prävention von Armut voran?"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1939/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage d1939/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Januar 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Im letzten Absatz der Antwort auf Frage 2, Punkt 2.1 wird „LG“ durch „LB“ ersetzt.

- In der Antwort auf Frage 20 wird der fünfte und sechste Satz wie folgt gefasst:

„Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz hat an der Konferenz teilgenommen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wurde durch Mitarbeiterinnen vertreten; ein Referent aus dem Gesundheitsamt Bremen hat einen Vortrag gehalten. Der Senat erhielt von der Konferenz...“

3655.) Sachstandbericht Unterbringungssituation Flüchtlinge  
(Vorlage 1940/19)

---

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1940/19 den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.

3656.) "Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen: Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen"  
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 1942/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1942/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 16. Januar 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3657.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: ESF-Programm  
Alphabetisierung "Gemeinsam Zukunft schreiben"  
(Vorlage 1944/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1944/19 die Planung des Programms „Gemeinsam Zukunft schreiben“ im BAP zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen für die Jahre 2019 bis 2022 in Höhe von 3,01 Mio. € bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1 „EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die erforderlichen Beschlüsse über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

3658.) Einführung eines Verfahrens zur Kompensation des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei Dienstreisen  
(Vorlage 1945/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1945/19 die Einführung eines Verfahrens zur Erfassung und Kompensation von CO<sub>2</sub> bei behördlichen Dienstreisen für alle an das MIP angeschlossenen Ressorts und ihre nachgeordneten Dienststellen. Das Verfahren wird mit Wirkung ab 1. Januar 2018 eingeführt.
2. Die anfallenden Kompensationsbeträge fließen dem Bremer Klimafonds zu.

3. Die Senatorin für Finanzen und der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr werden gebeten, die Senatsressorts bei der Einführung dieses Verfahrens zu unterstützen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass am Ende unter „B. Lösung“ folgender Satz eingefügt wird:

„Generell ist auf die Möglichkeit zur Durchführung von Videokonferenzen hinzuwirken, um die Anzahl von Dienstreisen zu reduzieren.“

- 3659.) Mitantragstellung Bremens zu zwei Bundesratsanträgen des Landes Berlin:  
1) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes  
2) Entschließung des Bundesrates zu weiteren Verbesserungen im Ausbildungsförderungsrecht  
(Vorlage 1947/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1947/19 die Mitantragstellung Bremens zu den unter A. dargestellten Bundesratsanträgen des Landes Berlin.

- 3660.) "Frauen und Mädchen in der salafistischen Szene im Land Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 1948/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ die Worte „Kinder und Bildung“ durch das Wort „Finanzen“ ersetzt werden.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1948/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 7 wird der erste Halbsatz des zweiten Absatzes wie folgt neu gefasst:

„Die Polizeien im Land prüfen in allen diesen Fällen...“

3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3661.) Verwendung der veränderten Zuweisungen des Bundes im Rahmen des vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage 1949/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1949/19 den Sachstandsbericht zur Verwendung der veränderten Zuweisungen des Bundes im Rahmen des vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der dargestellten Erhöhung der Stellenrefinanzierung aus Mitteln des BremÖPNVG um 22,6 VZE sowie einer Verlagerung freierwerdender Mittel im Personalhaushalt in Höhe von 405 T€ an den allgemeinen Haushalt zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Zuleitung dieser Beschlussvorlage über die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Einrichtung der Refinanzierungsstellen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
  - unter „B. Lösung“ der vorletzte Absatz vor der zweiten Tabelle ersatzlos gestrichen wird.

- unter „D. Finanzielle...“ im ersten Satz des vierten Absatzes die Wörter „Bau und Umwelt“ in „Umwelt, Bau und Verkehr“ geändert werden.
- unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Satz des vierten Absatzes die Zahl „16,6“ in „11,6“ geändert wird.
- unter „D. Finanzielle...“ im letzten Absatz das Wort „Refinanzierung“ durch „Aufteilung“ ersetzt wird.

3662.) "Haftungsfalle Facebook-Fanseiten! Auswirkungen auf KMU in Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 1954/19)

---

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 20. März 2018 aus.

3663.) Beitritt der Freien Hansestadt Bremen zur Kampagne #CohesionAlliance  
(Vorlage 1961/19)

---

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 20. März 2018 aus.

3664.) Neubauvorhaben Feuerwache Nord-Ost  
(Vorlage 1963/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1963/19 die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Standort am Hochschulring als Basis für die weitere Planung des

Neubauvorhabens Feuerwache Nord-Ost zu.

2. Der Senat stimmt der Aufhebung der Sperre in Höhe der veranschlagten Mittel von 600 Tsd. € in 2018 für die Umsetzung der weiteren Planungsschritte zu.
3. Der Senat wird nach Vorlage der Ergebnisse der Vorplanung (ES-Bau) zur weiteren Umsetzung und Konkretisierung der Finanzierung des Neubauvorhabens Feuerwache Nord-Ost im vierten Quartal 2018 befasst.

3665.) "Die Zukunft der Helenenstraße gestalten"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12.03.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 12. März 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:  
  
Die Fragen 4 und 5 werden zusammen beantwortet.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.